

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 30– Studienplatzoffensive Medizin

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 347.19 / 26.09.2019

Wir brauchen in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Ärzt*innen

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle Patient*innen zu sichern, ist die zentrale Aufgabe der Gesundheitspolitik. Sie liegt uns Grünen und mir ganz persönlich sehr am Herzen. Für eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung brauchen wir genug Ärzt*innen. Aber der Arbeitsmarkt ist leergefegt. Das merken wir besonders im ländlichen Raum.

Fast ein Drittel der niedergelassenen Ärzt*innen in Schleswig-Holstein sind sechzig Jahre und älter. Sie brauchen in den nächsten fünf bis 10 Jahren eine Nachfolge für Ihre Praxen. In den Krankenhäusern und im öffentlichen Gesundheitsdienst klaffen ebenfalls große Lücken im Stellenplan. Auch in Brennpunktstadtteilen der Städte gibt es nicht genug Ärzt*innen. Wer morgen ernten will, muss heute säen. Wer morgen genug Fachärzt*innen haben will, muss heute genügend ausbilden. So einfach ist das.

Deswegen freue ich mich, dass wir heute die Studienplatzoffensive Medizin auf den Weg bringen wollen. Sie muss jetzt kommen, damit sie spätestens morgen wirken kann. Ein Studium dauert etwa sechseinhalb Jahre, die anschließende Facharztweiterbildung mindestens fünf Jahre. Das heißt, wer im Wintersemester 2019 mit dem Medizinstudium anfängt, wird frühestens 2031 eine Praxis übernehmen können.

Übrigens klaffen auch in den Krankenhäusern und im öffentlichen Gesundheitsdienst große Lücken bei der Stellenbesetzung. Viele Stellen können nur nach intensiver Suche und mit zeitlicher Verzögerung besetzt werden. Das führt zu zusätzlicher Belastung der Stammbeschaften, die ohnehin schon am Limit arbeiten. Es führt zu Engpässen in der Pati-

ent*innenversorgung, die sich auf die Qualität und den Behandlungserfolg auswirken können.

Hinzu kommt, dass unsere Gesellschaft immer älter wird und die Lebenserwartung im Alter steigt. Das bedeutet einen Anstieg des Bedarfs an medizinischen und pflegerischen Leistungen. Wie soll das funktionieren, wenn wir nicht mehr Ärzt*innen und mehr Pflegepersonal ausbilden? Gar nicht, das ist die Wahrheit. Deshalb ist klar: Wir brauchen in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Ärzt*innen und mehr Pflegepersonal.

Die beruflichen Vorstellungen haben sich gewandelt. Kaum jemand von ihnen möchte 80 und mehr Stunden in der Woche arbeiten. Kaum jemand möchte Rund-um-die Uhr 24 Stunden am Tag an sieben Tagen die Woche arbeiten. Es geht dabei für Ärzt*innen um ihre eigene Gesundheit, ihre Familie und die viel zitierte „work-life-balance“. Wenn sie nicht mehr 80, sondern nur noch vierzig Wochenstunden arbeiten, dann brauchen wir doppelt so viele Ärzt*innen. Das kann jedes Kind ausrechnen.

Wir müssen mehr Mediziner*innen ausbilden. Deshalb brauchen wir mehr Studienplätze für Medizin - bundesweit und auch vom Bund finanziert. Der Bund darf finanzschwache Länder bei der Gesundheitsversorgung nicht im Stich lassen. Sonst spielt er mit dem Feuer.

Stand August dieses Jahres gab es bundesweit 9.458 Studienplätze für Humanmedizin. Davon 206 in Kiel und 189 in Lübeck. Hört sich ganz gut an, ist es aber nicht. Auf die 9.458 Plätze kamen 41.791 Bewerbungen. Das sind vier Bewerbungen pro Platz. An motivierten jungen Menschen, die ihren Traumberuf ergreifen möchten, mangelt es nicht. Aber wir geben ihnen nicht die Chance das zu tun, obwohl wir sie so dringend brauchen. Obwohl sie glänzende Aussichten haben.

Ja, ein Studienplatz für Medizin ist teuer. Ein Studienplatz für Medizin wird mit ca. 32.000 Euro veranschlagt. Aber jeder Euro, den wir hier investieren, ist gut investiert. Die Gesundheitsversorgung ist das Fundament der Daseinsfürsorge. Deswegen wollen wir eine Studienplatzoffensive Medizin. Deshalb fordern wir den Bund auf, 1.000 zusätzliche Studienplätze für Humanmedizin zu schaffen und zu finanzieren.

Ich lade Sie ein, stimmen sie unserem Antrag zu.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!
